

Infobrief Frieden, Mai 2015 Nr. 3

Inhalt:

- Pfingsten als Zeichen des Aufbruchs Präses und Bischöfe: Christen sollen sich für Frieden einsetzen
- Pfingsten Weltkirchenrat ruft zu Gebeten für Frieden auf
- Kirchentag - Friedensaktivisten planen Menschenkette
- »Gefährdung der Verfassung geht vom Staat aus«
- Bürgerrechtler kritisieren Umgang mit Grund- und Menschenrechten
- Gericht: Aufruf zu Militärblockade straffrei
- Militär - Klage gegen deutsche Beteiligung am US-Drohnenkrieg
- Gemeinsam für menschenwürdige Arbeit - Merkel wirbt bei G-7-Partnern für Schulterschluss
- Unicef: Gewalt gegen Kinder im Südsudan
- Die Schuld wiegt schwerer - BGH kassiert Frankfurter Urteil zu Völkermord in Ruanda als zu milde
- Hilfswerke begrüßen EU-Votum zu Konfliktrohstoffen - Handys und Computer sollen keine Bürgerkriege finanzieren
- Niederlande Kabinettt bringt Burka-Verbot auf den Weg
- Arbeitsgemeinschaft: Soldaten in Gewissensnot unterstützen
- Baden - Landeskirche gegen Rüstungsexporte
- Alternativgipfel und Blockaden - Globalisierungskritiker planen vielfältige Proteste zum G-7-Gipfel in Oberbayern

Infobrief Frieden Mai 2015 Nr. 3

Aus epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST **Nr. 22_2015**

Pfingsten als Zeichen des Aufbruchs Präses und Bischöfe: Christen sollen sich für Frieden einsetzen

Düsseldorf (epd). Mit festlichen Gottesdiensten haben evangelische und katholische Gemeinden Pfingsten gefeiert. Leitende Geistliche von Landeskirchen und Bistümern in Nordrhein-Westfalen riefen in ihren Predigten die Christen zum Engagement für den Frieden und zum missionarischen Aufbruch auf. Der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Manfred Rekowski, sagte, Pfingsten habe der Himmel Einzug in die Menschen und in das Haus der Gemeinde gehalten. Der Heilige Geist wolle aus den Gemeinden eine »Wohngemeinschaft der Tat und der Nachfolge Jesu« machen, sagte er in der Düsseldorfer Dankeskirche. Diese sei aber nicht mit einem trauten Heim oder einem gemütlichen Beisammensein zu verwechseln, betonte der Präses. Die Gemeinden müssten auch nach

außen wirken, etwa als Initiator von Friedensprozessen oder »Impulsgeber für friedliches Miteinander«. Auch nach Ansicht des Essener Bischofs Franz- Josef Overbeck fordert das Pfingstfest die Christen in besonderer Weise auf, sich für Frieden und Verständigung unter den Menschen einzusetzen. »In der Welt der vielen Sprachen und der unterschiedlichen Kulturen braucht es die, die aus der Kraft Gottes, beseelt von seinem guten Geist, den Frieden leben, das Verstehen befördern und Menschen beheimaten«, sagte Overbeck im Essener Dom. »Wer Christ ist, geht in der Spur Jesu, ist ein Mensch der Solidarität und wirkt gesellschaftlich, im Großen wie im Kleinen.« Dem Pfingstwunder könne sich niemand entziehen, erklärte die Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Annette Kurschus, in ihrer Internetbotschaft zu Pfingsten. Gott rücke den Menschen hautnah auf den Leib und lasse sie ahnen: »Sehr viel kann ich ausrichten, wenn ich wirklich auf Gott vertraue und mit seiner Kraft rechne!« Der Paderborner Erzbischof Hans-Josef Becker nannte Pfingsten eine Mahnung zum missionarischen Aufbruch. Die Situation und Gefühlswelt der Jünger Jesu vor rund 2.000 Jahren sei von Unsicherheit geprägt gewesen, bevor der Heilige Geist über sie gekommen sei. »Wer vom Geist Gottes ergriffen ist, blickt nach vorn«, betonte der Erzbischof im Paderborner Dom. Auch die Kirche müsse den Glauben an die Zukunft wieder eingehaucht bekommen. »Dann wird sie nicht nur danach trachten, Bestände zu sichern, sondern mit allen so geprägten Gruppen, groß oder klein, missionarisch wirken.« Der Kölner Erzbischof Rainer Maria Woelki sagt, Pfingsten stelle den Menschen vor eine weitreichende Entscheidung. Er könne sich »vom Geist der Selbstsucht, der Verschleierung und Lüge, der Feindschaft, der Macht und Profitgier leiten lassen«. Oder aber er könne sich dem Geist Gottes überlassen, dem »Geist der Güte, der Vergebung, des Verzeihens, der Besonnenheit, der Einheit und des Friedens«, betonte der Kardinal im Kölner Dom. Pfingsten zu feiern, bedeute das Bekenntnis: »Gottes Geist weht - auch heute.« An Pfingsten feiern die Christen das Kommen des Heiligen Geistes. Es ist das dritte große Kirchenfest neben Weihnachten und Ostern. Hintergrund ist ein Bericht aus dem Neuen Testament, wonach die Apostel, erfüllt vom heiligen Geist, mit »Feuerzungen« in allen Sprachen der Welt predigten. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST [Nr. 22_2015 Seite _3](#)

Pfingsten - Weltkirchenrat ruft zu Gebeten für Frieden auf

Genf (epd). Angesichts der vielen blutigen Konflikte hat der Weltkirchenrat in seiner Pfingstbotschaft die Christen zu Gebeten für Frieden und Gerechtigkeit aufgerufen. Frieden sei eine Frage von Leben und Tod für die Menschen, die sich danach sehnten, heißt es in einer Erklärung des Weltkirchenrates, die in Genf zum Pfingstfest veröffentlicht wurde. In der Botschaft, die im Namen der acht Präsidenten des Rates erscheint, heißt es weiter: »Der dreieinige Gott wird uns Frieden schenken im Anblick des Todes und der zukünftigen Welt.« Bei dem Bemühen um Frieden dürfe aber das Streben nach Gerechtigkeit nicht vernachlässigt werden. Mit Blick auf den Nahostkonflikt fordert der Ökumenische Rat der Kirchen ein Ende der Besetzung von Palästinensergebieten durch Israel. Der Status von Jerusalem sei das schwierigste Thema in den Verhandlungen zwischen Israelis und

Palästinensern. »Solange die Besetzung andauert, herrscht in Jerusalem kein Frieden«, heißt es. Die Heiligen Stätten für Juden, Christen und Muslime seien noch immer weit davon entfernt, zu Symbolen für Frieden und Versöhnung unter den verschiedenen Gemeinschaften zu werden. Als weitere Konflikte, die Leid und Elend über die Menschen bringen, nennt die Pfingstbotschaft die bewaffneten Auseinandersetzungen in der Zentralafrikanischen Republik, der Demokratischen Republik Kongo, in Libyen, in Mali, in Nigeria, in Somalia, im Südsudan, in Afghanistan, in Pakistan, auf den Philippinen, in der Ukraine, im Irak, in Syrien, im Jemen, in Kolumbien und in Mexiko. Der Weltkirchenrat umfasst knapp 350 christliche Kirchen mit rund 500 Millionen Gläubigen. Die acht Präsidenten repräsentieren die verschiedenen Regionen. Erzbischof Anders Wejryd von der lutherischen Kirche von Schweden vertritt Europa. Die Präsidenten wirken als Mitglieder des Zentralausschusses bei Grundsatzentscheidungen mit. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 22_2015 Seite 4

Kirchentag - Friedensaktivisten planen Menschenkette

Stuttgart/Bonn (epd). Mit einer Menschenkette wollen Friedensaktivisten am Rande des Kirchentags in Stuttgart von Politik und Kirche ein klares Bekenntnis für den Frieden einfordern. Die Kette soll am 6. Juni von der Friedenskirche über den baden-württembergischen Landtag bis zum Mahnmal für NS-Opfer auf dem Stauffenbergplatz führen, wie die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden am Mittwoch in Bonn mitteilte. **»Fünf vor Zwölf«** Um »Fünf vor Zwölf« (11.55 Uhr) solle die Menschenkette für eine Viertelstunde geschlossen werden, hieß es weiter. Zu den Forderungen der Aktivisten gehört unter anderem, die beiden militärischen Kommandozentralen der USA in Stuttgart zu schließen. Außerdem wenden sie sich gegen den Einsatz von Kampfdrohnen und plädieren für den Abzug US-amerikanischer Atomwaffen aus Europa. Am Nachmittag soll vor der Kommandozentrale Stuttgart- Möhringen eine Kundgebung für den Frieden abgehalten werden. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 22_2015 Seite 11

»Gefährdung der Verfassung geht vom Staat aus«

Bürgerrechtler kritisieren Umgang mit Grund- und Menschenrechten

Karlsruhe (epd). Die Ausspähung und Überwachung durch Geheimdienste greift nach Ansicht von Bürgerrechtlern immer hemmungsloser in die Grundrechte der deutschen Staatsbürger ein. In Fragen der Menschenwürde und der informationellen Selbstbestimmung habe sich auch knapp zwei Jahre nach Beginn der Veröffentlichungen durch den US-Whistleblower Edward Snowden politisch nichts getan, sagte die Datenschutz-Expertin Constanze Kurz am 22. Mai in Karlsruhe. Dort wurde der Grundrechte-Report 2015 vorgestellt, der als alternativer Verfassungsschutzbericht gilt. »Nachrichtendienste müssen

überhaupt nicht fürchten, kontrolliert zu werden«, sagte die Informatikerin Kurz. Der »geheimdienstliche Komplex unterminiert weiterhin das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis bis zur Unkenntlichkeit, nur jetzt mit unserem Wissen«, kritisierte Kurz, die auch Sprecherin des Chaos Computer Clubs ist. »Es steht leider zu erwarten, dass wir auch 2015 noch tiefer in die Abgründe der Überwachung blicken müssen«, monierte die Datenschutzexpertin. Kurz verwies auf einen Beitrag des Autoren Thilo Weichert, Jurist und Datenschutzbeauftragter in Schleswig- Holstein. Weichert sieht die Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) nur als vorläufig beendet. Der EuGH hatte im April 2014 entschieden, dass die Vorratsdatenspeicherungs-Richtlinie gegen europäische Grundrechte verstößt. In seinem Report-Beitrag kritisiert Weichert nun, dass es inzwischen einen Referentenentwurf der Bundesregierung gebe, mit dem die Maßnahme im Wege eines nationalen Alleingangs wieder eingeführt werden solle. »Der Grundrechte-Report zeigt, dass die Gefährdung der Verfassung vom Staat ausgeht«, sagte Martin Heiming vom Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein. Als Beispiele dafür nannte er zusammen mit dem Rechtsanwalt Till Müller-Heidelberg den jahrelangen Einsatz einer verdeckten Ermittlerin im linksautonomen Hamburger Kulturzentrum Rote Flora sowie die Gefahrenzonen, die die Stadt Hamburg im Januar 2014 eingerichtet hatte. Die Einrichtung von Gefahrenzonen durch die Hamburger Polizei wurde damit begründet, dass es in den Wochen zuvor Angriffe gegen Polizeibeamte sowie gegen Einrichtungen der Polizei gegeben habe. Erst kürzlich habe das dortige Oberverwaltungsgericht diese Gefahrenzonen für verfassungswidrig erklärt, sagte Müller-Heidelberg. Bei dem verdeckten Einsatz einer Beamtin bei der Roten Flora hingegen seien personenbezogene Daten weitergegeben worden. Das sei strafrechtlich relevant gewesen, betonte Andreas Blechschmidt, Mitglied einer Recherchegruppe in dem Kulturzentrum. Der Grundrechte-Report erscheint seit 1997. Er zieht eine kritische Bilanz zum Umgang mit den Bürger- und Menschenrechten in Deutschland. Der Report wird herausgegeben von der Humanistischen Union, dem Komitee für Grundrechte und Demokratie, dem Bundesarbeitskreis Kritischer Juragruppen, Pro Asyl, dem Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein, der Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen, der Internationalen Liga für Menschenrechte und der Neuen Richtervereinigung. *Von Ralf Schick (epd)* epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 22_2015 Seite _21

Gericht: Aufruf zu Militärblockade straffrei

Koblenz/Heidelberg (epd). Ein Aufruf zur Blockade des Fliegerhorstes Büchel (Kreis Cochem-Zell) in der Eifel bleibt nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts (OLG) Koblenz straffrei. Der 1. Strafsenat des OLG habe damit am Mittwoch ein Urteil des Landgerichts Koblenz bestätigt, teilte die »Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)« mit. Blockaden seien nicht grundsätzlich verwerflich, da die Versammlungsfreiheit durch das Grundgesetz garantiert sei, urteilten die Richter. Daher sei auch ein Aufruf zu einer Blockade nicht grundsätzlich strafbar. (AZ: 1 OLG 3 Ss 201/14)

Der Heidelberger Friedensaktivist Hermann Theisen hatte im Frühjahr 2013 Flugblätter verteilt, auf denen er zu Sitzblockaden vor dem mutmaßlichen US-Atomwaffenlager aufrief. Dafür wurde er im vergangenen Jahr vom Amtsgericht Koblenz wegen öffentlicher Aufforderung zur Nötigung zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht Koblenz hob das Urteil auf und sprach Theisen frei. Das OLG wies nun den Antrag der Staatsanwaltschaft auf Revision zurück. Theisens Aktionen gegen die mutmaßlich rund 20 in der Eifel gelagerten US-amerikanischen Atombomben und deren kostspielige Modernisierung waren zuletzt Gegenstand etlicher rechtlicher Auseinandersetzungen. Bereits im Februar hatte das Koblenzer Verwaltungsgericht ein behördliches Verbot gekippt, das dem Atomwaffengegner die Verteilung seiner Flugblätter untersagte. Der Atomwaffengegner sagte dem Evangelischen Pressedienst (epd), gegen ihn seien aktuell noch zwei weitere Strafverfahren anhängig. Darin werde ihm zum Vorwurf gemacht, dass er Militärangehörige aufgerufen hatte, die Zivilgesellschaft über die geplante Modernisierung der in Deutschland befindlichen Atombomben zu informieren.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 22_2015 Seite 25

Militär Klage gegen deutsche Beteiligung am US-Drohnenkrieg

Köln/Berlin (epd). Erstmals geht es vor einem deutschen Gericht um eine mögliche deutsche Beteiligung an US-amerikanischen Drohnenangriffen. Das Verwaltungsgericht Köln verhandelt am Mittwoch über die Klage von Angehörigen von Drohnen-Opfern aus dem Jemen, wie die Menschenrechtsorganisation European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) am Montag in Berlin mitteilte. Die Familie habe bei einem Raketenbeschuss durch eine amerikanische Drohne während einer Hochzeitsfeier zwei Angehörige verloren. (Az.: 3 K 5625 /14) Die Kläger halten die Drohnenangriffe für völkerund menschenrechtswidrig. Nach ihrer Ansicht wurde der Angriff im Jemen von der US-Militärbasis Ramstein in Rheinland-Pfalz aus unterstützt, indem Daten für die Steuerung der Drohnen von dort aus weitergeleitet wurden. Sie fordern von der Bundesrepublik, die Nutzung der Air-Base Ramstein für derartige Zwecke zu unterbinden. Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW solidarisierte sich mit den Klägern und forderte ein völkerrechtliches Verbot bewaffneter Drohnen. Diese Waffen könnten »trotz der Perfektionierung des Tötens« nicht zwischen »Schuldigen« und »Unschuldigen« unterscheiden, kritisierte die IPPNW-Vorsitzende Susanne Grabenhorst in Berlin. Drohnen seien »zum bevorzugten Mittel für extralegale Tötungen geworden, die gegen Völkerrecht und Strafrecht verstoßen«.

Gemeinsam für menschenwürdige Arbeit Merkel wirbt bei G-7-Partnern für Schulterschluss



Menschenwürdige Arbeit als G-7-
Thema: Eine Textilfabrik in
Vietnam. epd-bild / Ralf Maro

Frankfurt a.M. (epd). Auf ein paar Dutzend Sklaven bringt es jeder Deutsche: Mit einem Test im Internet führt die Menschenrechtsorganisation »Made In A Free World« das alltägliche

Zusammenspiel von Konsum und Ausbeutung vor Augen und rüttelt die Verbraucher auf. Ob Erdnussbutter, Hautcreme, T-Shirt, Handy oder Auto - unwürdige und ausbeuterische Arbeitsbedingungen finden sich immer wieder in den Bestandteilen und Zutaten. »In jeder Lieferkette gibt es das Risiko von Sklaverei und Kinderarbeit«, erklärt die US-Organisation. Moderne Sklaverei treffe etwa das kleine Mädchen in einem abgelegenen indischen Dorf, das mit einem Pickel, größer als es selbst, Mineralien für Kosmetikprodukte aus dem Boden schlage. Oder Arbeiter in China, die Fußballer für den Westen nähten und dabei 21 Stunden am Tag im Einsatz seien. Um die Welt zu verändern, müssten alle zusammenstehen, betonen die Menschenrechtler am Ende ihres Internet-Tests (www.slaveryfootprint.org). Bei Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) rennen sie dabei offene Türen ein. »Jetzt muss es Klick machen«, fordert der Berliner Ressortchef mit Blick auf Politik und Verbraucher. Die deutsche G-7-Präsidentschaft und den Gipfel der führenden Industriestaaten auf Schloss Elmau am 7. und 8. Juni sieht Müller als gute Chance, für Schub zu sorgen. Zusammen mit Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hat er das Thema gerechte und nachhaltige Arbeit auf die Agenda gebracht. »Wir haben als Industrienationen die Möglichkeit, die globalen Produktionsabläufe zu beeinflussen«, äußert sich der Minister überzeugt. »Zusammen haben unsere Länder die Marktmacht und damit auch die Verantwortung, die Ausbeutung von Mensch und Natur zu beenden.« Kritiker bemängeln allerdings, dass die Politik bei der Einhaltung der Standards auf Freiwilligkeit setzt. Gesetzliche Regelungen müssten die Unternehmen verpflichten, ihre Geschäfte menschen- und umweltfreundlich zu gestalten, fordern das Forum Menschenrechte und das CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, dem sich unter anderem Attac, »Brot für die Welt«, die IG Metall und die »Kampagne für Saubere Kleidung« angeschlossen haben. »Wir sehen die G-7-Konferenz als Chance, länderübergreifend für einen klaren gesetzlichen Rahmen in diesem Bereich zu werben«, betonen sie. CorA-Koordinatorin Heike Drillisch nimmt Berlin dabei ganz konkret in die Pflicht: »Erst wenn die Bundesregierung sowohl in Deutschland als auch in den anderen G-7-Staaten darauf hinwirkt, die Beachtung der Menschenrechte verbindlich festzuschreiben, nimmt sie ernsthaft eine Vorreiterrolle ein.«

Zu den Vorschlägen, die Müller und Nahles vorgelegt haben, gehören die Beratung von Herstellerländern und ein globaler Fonds zur Verhütung von Arbeitsunfällen. Er soll aus freiwilligen Beiträgen von Unternehmen aus den G-7-Ländern gespeist werden. Angeregt werden weiter eine Verbesserung von Beschwerdemechanismen für Arbeiter in den Produktionsländern und mehr Transparenz für Verbraucher, um nachhaltigen Konsum zu fördern. Ziel seien »wirklich handfeste Verbesserungen«, unterstreicht Nahles. Dass dafür langer Atem nötig ist, räumt auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ein. »Wir können erst einmal die Dinge auf den Tisch legen«, erklärt sie in einem ihrer wöchentlichen Video-Podcasts. »Wir brauchen Transparenz. Wir müssen erst mal wissen, was los ist. Deshalb wollen wir, dass überall Kontaktstellen eingerichtet werden - in den Ländern, in denen die Arbeitsbedingungen nach unserer Meinung noch nicht so gut sind.« Als Regierungschefin müsse sie nun Überzeugungsarbeit bei ihren internationalen Kollegen leisten. Der deutsche Vorstoß unterstreiche die besondere Verantwortung der Industrieländer, begrüßt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) die Initiative. »Aus der Mitte der G-7-Staaten geht jetzt ein starkes politisches Signal aus«, sagt Annette Niederfranke, die Direktorin der ILO-Vertretung in Deutschland. »Ich erwarte, dass mit dem G-7-Prozess auch ganz konkrete Umsetzungsschritte eingeleitet werden.« *Von Silvia Vogt (epd)*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 22_2015 Seite _44

Unicef: Gewalt gegen Kinder im Südsudan

Genf/Köln (epd). Die Vereinten Nationen haben eine neue Welle von Gewalt gegen Kinder im Südsudan-Konflikt angeprangert. Dutzende Mädchen und Jungen seien in den vergangenen Wochen in dem Bundesstaat Unity von bewaffneten Gruppen gezielt getötet worden, teilte das Kinderhilfswerk Unicef am 19. Mai in Genf mit. Die bewaffneten Gruppen seien mit der Armee des Präsidenten Salva Kiir verbündet, auch Jungen hätten sich an den Gräueltaten beteiligt. Weitere Kinder seien vergewaltigt und entführt geworden. Unter den Opfern seien Siebenjährige. Zudem seien Heranwachsende zwangsrekrutiert worden, hieß es. Die Angreifer hätten ganze Dörfer niedergebrannt. Das Hilfswerk verlangt, dass die Täter voll zur Rechenschaft gezogen werden. Insgesamt haben den Angaben nach die Armee und auch die Rebellen um den früheren Vizepräsidenten Riek Machar rund 13.000 Kinder als Soldaten rekrutiert. Nach UN-Schätzungen kamen in dem Ende ausgebrochenen 2013 Konflikt mindestens 10.000 Menschen ums Leben. 1,5 Millionen sind auf der Flucht. Im Januar hatten sich Kiir und Machar zunächst auf einen Waffenstillstand geeinigt. Die Aushandlung eines Friedensabkommens scheiterte aber.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 22_2015 Seite _46

Die Schuld wiegt schwerer

BGH

kassiert Frankfurter Urteil zu Völkermord in Ruanda als zu milde

Karlsruhe (epd). Der Bundesgerichtshof (BGH) hat das Frankfurter Völkermord-Urteil gegen einen Ex-Bürgermeister aus Ruanda gekippt. Der zu 14 Jahren Haft verurteilte Onesphore Rwabukombe (58) muss nun mit lebenslänglich rechnen. Die Karlsruher Richter gaben damit

am 21. Mai der Revision der Generalbundesanwaltschaft und mehrerer Nebenkläger statt. Die Mitwirkung des Angeklagten an einem Massaker auf einem Kirchengelände mit mehr als 400 Toten im Jahr 1994 ist laut BGH als Täterschaft mit Völkermord- Absicht zu werten (AZ 3 StR 575/14). Die Vorinstanz hatte Rwabukombe im Februar 2014 wegen Beihilfe zum Völkermord verurteilt (AZ: 5-3 StE 4/10-4-3/10). Es war der erste Prozess in Deutschland zum Völkermord an der Tutsi-Minderheit 1994 in Ruanda. Das Verfahren geht nun zurück an das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt. Der Bundesgerichtshof nahm allerdings nur eine Teilrevision vor. Die Feststellungen des OLG zum Tatgeschehen beim Kirchenmassaker an Tutsi-Flüchtlingen am 11. April 1994 in Kiziguro wurden nicht beanstandet. Sie bleiben bestehen. Der Vorsitzende Richter Jörg-Peter Becker betonte auch, dass bei Völkermord-Verbrechen das Weltrechtsprinzip gilt. Solche Gräueltaten können grundsätzlich in Deutschland verfolgt werden, auch wenn die Taten in einem fernen Kontinent geschahen, und die Täter und die Opfer von dort sind. Als zweiten Rechtsfehler wertete der 3. Strafsenat des BGH indes, dass die Vorinstanz keine Völkermord-Absicht beim Angeklagten erkannte. Die Beweisführung dazu sei lückenhaft, sagte Richter Becker. Eine Völkermord-Absicht liege laut Rechtsprechung bereits vor, wenn die Zerstörung einer Volksgruppe wie der Tutsi-Minderheit in Ruanda - oder eines Teils davon - als notwendiges Mittel verfolgt wird, um andere Ziele zu erreichen. Der Angeklagte habe seine Stellung im staatlichen System erhalten wollen. Zur Frage der Täterschaft erklärte Richter Becker, der Angeklagte sei bereits am Vortag des Massakers in die Organisation eingebunden gewesen. Auf dem Kirchengelände von Kiziguro wurden nach den Feststellungen der Vorinstanz mindestens 400 Menschen, vor allem Tutsi, überwiegend mit Macheten, Lanzen, Knüppeln, Äxten, Beilen und Hacken zumeist auf qualvolle Weise getötet. Die Täter waren Hutu, Soldaten, Milizionäre und Bürger. Rwabukombe war am Tatort, forderte Kraft seiner Autorität als Bürgermeister Mitbürger zum Töten auf, spornte sie an, brachte weitere Täter zur Kirche und sorgte für das Wegschaffen der Leichen in eine Grube. Dass er selbst getötet habe, wurde ihm nicht vorgeworfen. Die Revision des Angeklagten, die sich überwiegend auf angebliche Verfahrensfehler stützte, verwarf der BGH und lobte die Beweisaufnahme der Vorinstanz. Auch Zeugen aus Kreisen der Täter hätten die Mitwirkung des Angeklagten belegt, die dieser selbst bestritt. Das Frankfurter Gericht hatte sich laut BGH in drei Jahren mit großem Aufwand mit den Besonderheiten eines fremden Kulturkreises befasst. Die Anklage stützte sich auf die Aussagen von mehr als 100 Zeugen. Das Gericht studierte Landkarten, entsandte Ermittler nach Ruanda und hörte Historiker. Aufzeichnungen zu dem Geschehen von Kiziguro gibt es nicht. Rwabukombe saß seit Juli 2010 in Untersuchungshaft. Er war 2002 nach Deutschland gekommen und hatte Asyl erhalten. In Ruanda wurden 1994 bis zu 800.000 Tutsi von Hutu-Extremisten und Mitläufern ermordet. Unter den Opfern waren auch gemäßigte Hutu. Rwabukombe wurde nicht nach Ruanda ausgeliefert, weil es Zweifel gab, dass er dort ein faires Verfahren bekommen hätte. [epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 22_2015 Seite _47](#)

Hilfswerke begrüßen EU-Votum zu Konfliktrohstoffen Handys und Computer sollen keine Bürgerkriege finanzieren

Wuppertal/Bielefeld (epd). Das Votum des Europaparlaments zur Eindämmung des Handels mit Rohstoffen aus Konfliktregionen ist von Hilfswerken und Menschenrechtlern als wegweisender Schritt begrüßt worden. Mit seinen Vorgaben sei das Parlament über einen Gesetzesvorschlag der EU-Kommission hinausgegangen, erklärte das Ökumenische Netz Zentralafrika (ÖNZ) am Donnerstag. Der Grünen-Europaabgeordnete Sven Giegold forderte die EU-Staaten auf, die beschlossenen Regeln nun auch mitzutragen. Die Straßburger Abgeordneten hatten am Mittwoch beschlossen, alle europäischen Unternehmen bei der Beschaffung bestimmter Rohstoffe verbindlich in die Pflicht zu nehmen. Mit einer solchen Verordnung zu den Konfliktrohstoffen Tantal, Wolfram, Zinn und Gold entlang der gesamten Lieferkette werde es überhaupt erst nachvollziehbar, ob Mineralien aus Kriegsgebieten in Elektronikgütern verwendet seien, erklärte das ÖNZ, dem unter anderem »Brot für die Welt«, Misereor und die Vereinte Evangelische Mission mit Sitz in Wuppertal angehören. Der Zusammenschluss der Hilfswerke rief die Bundesregierung auf, sich für die Umsetzung der von den EU-Abgeordneten geforderten Verbindlichkeit starkzumachen. Mineralien aus Konfliktgebieten finden sich in zahlreichen Produkten wie Autos, Handys, Computer, Glühlampen oder auch Dosen. »Unternehmen, die diese Mineralien in der Produktion verwenden, finanzieren Bürgerkriege in Konfliktregionen wie zum Beispiel im Ostkongo«, erklärte der Europaabgeordnete Giegold am Donnerstag in Bielefeld. Die von den Parlamentariern beschlossene Transparenzpflicht verhindere, dass Verbraucher unwissentlich kriegerische Konflikte unterstützen. »Und die Unternehmen geraten unter Druck, ihr Verhalten zu ändern«, sagte der Grünen-Politiker. Auch VEM-Vorstandsmitglied Jochen Motte begrüßte die Entscheidung des EU-Parlaments. »Wir haben immer gesagt, dass Regelungen auf freiwilliger Basis oft ohne Wirkung bleiben und gerade diejenigen aus der Verantwortung entlassen, denen Profit vor Menschenrechten geht«, erklärte er in Wuppertal. Die Befürworter der verpflichtenden Verordnung hoffen, dass europäische Firmen nun Druck auf ihre Zulieferer vor allem in Asien ausüben, Rohstoffe aus fairem Handel zu verwenden. Tausende EU-Bürger, zahlreiche Organisationen und fast 150 Kirchenführer aus knapp 40 Ländern hatten die EU um eine verbindliche Verordnung gebeten. Der Textvorschlag muss nun zwischen EU-Kommission, Parlament und Europäischem Rat abgestimmt werden. »Jetzt ist es an den Regierungen der Mitgliedsstaaten, diese Regeln mitzutragen«, betonte Giegold. »Das Leid der Menschen, die in den Minen ausgebeutet werden und im Bürgerkrieg leben, muss enden.«

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr.

22_2015 Seite _50

Niederlande - Kabinett bringt Burka-Verbot auf den Weg

Den Haag (epd). In den Niederlanden soll das Tragen der islamischen Vollverschleierung in Schulen, öffentlichen Verkehrsmitteln, Krankenhäusern und Behörden untersagt werden. Das Kabinett aus Rechtsliberalen und Sozialdemokraten billigte am 22. Mai in Den Haag einen entsprechenden Vorschlag von Innenminister Ronald Plasterk, wie niederländische Medien berichteten. Bei Verstößen sollen Geldbußen von bis zu 405 Euro drohen. Das Burka-

Verbot sei im Interesse der öffentlichen Dienste und der Sicherheit, hieß es zur Begründung. Auf Straßen und Plätzen soll der Ganzkörperschleier demnach weiter getragen werden dürfen. Im öffentlichen Raum kann die Polizei das Ablegen der Burka fordern, wenn dies für Identitätsfeststellungen erforderlich ist. Über den Vorschlag muss in beiden Kammern des Parlaments abgestimmt werden. Im Schulunterricht müsse man sich in die Augen schauen können, hieß es. Wenn eine Mutter ihr Kind von der Schule abhole, müsse erkennbar sein, dass es wirklich die Mutter sei, argumentierte Minister Plasterk. Das Verbot stehe nicht im Zusammenhang mit der Diskussion über religiöse Symbole, betonte er. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 22_2015 Seite _55

aus epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 21_2015

Arbeitsgemeinschaft: Soldaten in Gewissensnot unterstützen

Bonn (epd). Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung (EAK) sieht trotz der Aussetzung der Wehrpflicht eine zentrale Herausforderung in der Unterstützung von Soldaten in Gewissensnot. »Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht«, erklärte die EAK am 12. Mai in Bonn zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung (15. Mai). Das betreffe auch Soldaten, die aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe ablehnten. Das Gewissen müsse die letzte Instanz in der Entscheidung bleiben, wenn es darum gehe, als Soldat Befehle auszuführen oder zu verweigern. Die EAK erreichten immer wieder Anrufe von Soldaten, die aus Gewissensgründen den Dienst an der Waffe ablehnten und während ihrer Dienstzeit einen Kriegsdienstverweigerungsantrag stellten, erklärte EAK-Referentin Jasmin Schwarz. In der jüngsten Zeit sei zudem eine Zunahme von Anträgen von Reservisten zu beobachten. Dabei spiele sicher auch die Vielzahl von internationalen Krisen in der Welt eine Rolle, sagte Schwarz. Die Arbeitsgemeinschaft fordert von der Bundesregierung, ein neues Weißbuch über die Sicherheitspolitik und die damit verbundenen Aufgaben der Bundeswehr zu erstellen. »Wenn aktuell über ein neues Weißbuch diskutiert wird, dann gilt es, das Prinzip der Inneren Führung und damit auch die ethische Ausbildung in der Armee zu bewahren, ja zu stärken«, mahnte EAK-Bundesgeschäftsführer Wolfgang Burggraf. Angesichts von Distanzwaffen und Drohnen müsse hier wohl manches noch radikaler gedacht werden als bisher. Internet: www.eak-online.de

Baden - Landeskirche gegen Rüstungsexporte

Karlsruhe (epd). Die evangelische Landeskirche Baden will den Abbau von Rüstungsexporten aktiv unterstützen und ist der »Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel« beigetreten. Es

gebe zu viele Waffen in den falschen Händen, heißt es in einer am 12. Mai in Karlsruhe veröffentlichten Pressemitteilung. »Wir wollen mit der Rüstungsindustrie reden, mit den Geschäftsleitungen, den Betriebsräten, den Gewerkschaften«, sagte Landesbischof Jochen Cornelius-Bundschuh. Damit folge die Landeskirche dem Aufruf von ökumenischen Geschwistern aus Syrien oder Nigeria. »Die sagen uns: Es gibt zu viele Waffen in den falschen Händen. Sie kommen auch aus Deutschland. Tut etwas dagegen«, sagte der Landesbischof. Zum Bündnis gehören mehr als 100 Mitgliedsorganisationen, darunter viele kirchliche Gruppen. Ihr Hauptziel ist es, die Rüstungsexporte abzuschaffen. Das Bündnis hinterfrage die deutsche Praxis des Rüstungsexports und zeige Alternativen zur Rüstungsproduktion auf, sagte Stefan Maaß von der landeskirchlichen Arbeitsstelle Frieden. Gefordert wird eine grundsätzliche Veröffentlichungspflicht aller geplanten und tatsächlich durchgeführten Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, um öffentliche Diskussionen und parlamentarische Entscheidungen zu ermöglichen.

epd-Wochenspiegel |

AUSGABE WEST Nr. 21_2015 Seite _7

Alternativgipfel und Blockaden - Globalisierungskritiker planen vielfältige Proteste zum G-7-Gipfel in Oberbayern

München (epd). Der G-7-Gipfel Anfang Juni auf Schloss Elmau in Oberbayern wird von zahlreichen Protesten begleitet. Knapp vier Wochen vor dem Treffen der Staats- und Regierungschefs in dem 5-Sterne-Hotel nehmen die Pläne der Globalisierungskritiker Gestalt an: Vorbereitet werden ein Alternativgipfel, Demonstrationen, Protestcamps und Blockaden rund um den Gipfel am 7. und 8. Juni. Politiker und Sicherheitsbehörden sind alarmiert. Sie befürchten Ausschreitungen, wie bei der Eröffnung der Europäischen Zentralbank Mitte März in Frankfurt. »Insbesondere vor dem Hintergrund des bislang erkennbaren Mobilisierungsaufkommens« erwartet das zuständige Landratsamt Garmisch-Partenkirchen, »dass auch das Großereignis G-7-Gipfel 2015 in Elmau Ziel gewaltsamer Protestkundgebungen sein wird«. Indessen gehen die Gipfel-Kritiker getrennte Wege, ihre Forderungen an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die anreisenden Staatsmänner aus den USA, Kanada, Japan, Frankreich, Italien und Großbritannien zu richten. Bei einem Alternativgipfel am 3. und 4. Juni in München wollen »Brot für die Welt«, Misereor, Umweltverbände und viele andere Organisationen die Ursachen für Hunger, Armut und Unrecht analysieren. Zu den Hauptrednern gehören der wortstarke Verfechter des Rechts auf Nahrung, Jean Ziegler, die kolumbianische Menschenrechtsanwältin Liliana Uribe und der Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz, Hubert Weiger. Ein Teil der Gruppen will den Protest aber auch lautstark auf die Straße tragen, am 4. Juni in München und vom 6. bis 8. Juni in Garmisch. »Die Politik der G-7-Staaten bedeutet neoliberale Wirtschaftspolitik, Krieg und Militarisierung, Ausbeutung, Armut und Hunger, Umweltzerstörung und Abschottung gegenüber Flüchtenden«, heißt es im Aufruf des Bündnisses »Stop G7 Elmau 2015«, das Demos in Garmisch plant. Und Blockaden. Die Rede ist von »vielfältigen und kreativen, offenen und entschlossenen Aktionen«. Der G-7-Gipfel

sei eine elitäre und exklusive Versammlung - quasi »sieben gegen den Rest der Welt«, sagte Benjamin Ruß, einer der Sprecher des Aktionsbündnisses», dem Evangelischen Pressedienst (epd). Ruß wirft einigen G-7-Staaten verantwortungslose Waffenexporte und eine «katastrophale Flüchtlingspolitik» in Europa vor. Zudem lehnten die reichen G-7-Staaten einen Schuldenschnitt ab, wie ihn die Vereinten Nationen und die Entwicklungsländer fordern: «Sieben Länder versuchen die Politik zu verhindern, die dem Rest der Welt guttun würde." Ruß erläutert, »dass wir versuchen werden, Blockaden zu errichten«. Das sei eine Protestform des zivilen Ungehorsams. Zur Frage der Gewalt bekräftigt er: »Wir haben deutlich gemacht, dass von uns keine Eskalation ausgehen wird.« Es sei allerdings die Frage, von wem die Gewalt ausgehe, wenn die Polizei mit gepanzerten Fahrzeugen, Hubschraubern, Tränengas, Schlagstöcken, Wasserwerfern und Hundestaffeln anrücke. Und er könne nicht wissen, was einzelne Demonstranten vorhätten. Auch in den Reihen der Polizei gebe es Provokateure. Zum Schutz des Gipfels werden 19.000 Polizisten eingesetzt. In Oberbayern hat das Stop-Elmau-Bündnis eine Wiese gepachtet und bei den Behörden darauf ein Camp für 1.000 Gipfel-Kritiker angemeldet. Auf drei weiteren Flächen sollen Demonstranten 48 Stunden lang Kundgebungen abhalten können, wenn die Behörden zustimmen. Kirchliche Hilfswerke machen da nicht mit. Demonstrationen gehörten ohnehin nicht zum Aktionsspektrum von Misereor, sagte Sprecherin Barbara Wiegard. »Wir haben andere Mittel, unsere Anliegen zum Ausdruck zu bringen.« Das globalisierungskritische Netzwerk Attac ist gespalten - die Münchner Gruppe unterstützt die Straßenproteste: »Attac Deutschland allerdings sieht sich angesichts der Zerstrittenheit der beiden Demo-Veranstalterkreise, der Engführung der Themen und der Unwilligkeit, im Vorfeld zu Verständigungen zu kommen, nicht in der Lage, zu einer der Demonstrationen aufzurufen«, heißt es in einer Erklärung des Bundesverbandes. *Von Elvira Treffinger und Christiane Ried (epd)*